

Verlegung von Soldaten wäre Belastung für Familien

tb Jever. Die Zukunft des Bundeswehrstandortes Upjever und die Höhe der Abwassergebühren in der Stadt Jever waren die Hauptanliegen der Senioren, die sich im „Schloßkrug“ zu einer Diskussion trafen, zu der die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus geladen hatte. Auf dem Podium saßen die Bundestagsabgeordnete Gabriele Iwersen, die stellvertretende Bürgermeisterin Elke Vredenburg und SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Waleczek und Diskussionsleiter Bernd Holzhausen.

Die zahlreichen Unmutsbekundungen über die hohen Schmutzwassergebühren in Jever versuchte Waleczek zu relativieren. Durch die Brauerei entstünde eine enorme Abwasserbelastung, die nur durch eine hochmoderne Kläranlage, wie Jever sie hat, bewältigt werden könne. Die Kosten der Anlage werden in Jever zu 100 Prozent von Gebühren gedeckt; in den umliegenden Gemeinden sei das nicht immer der Fall. Die vermeintlich günstigeren Abwassergebühren können die Kosten für die dortigen Kläranlagen nicht decken. Die entstehenden Fehlbeträge werden durch andere Gebühren auf die Einwohner abgewälzt.

Für den größten Diskussionsstoff sorgte die ungewisse Zukunft des Bundeswehrstandortes Upjever, der durch die Verlegungspläne auf der Hardthöhe laut Iwersen um 40 Prozent verkleinert würde. Durch die Auslagerung der Piloten- und Waffensystemausbildung von Upjever nach New Mexico (USA) wird es für einige Ausbilder unumgänglich sein, in die USA übersiedeln. Enorme Belastungen, gerade von jungen Familien, müßten in Kauf genommen werden.

Mit Bestürzung reagierten die Senioren auf die Gefahr der Verlegung der Geburtshilfe vom Sophienstift ins Nordwestkrankenhaus Sanderbusch. Gleichzeitig setzten sie sich vehement für den Erhalt der Entbindungsmöglichkeit in Jever ein.